

ben das Geld in den „großen Sack“ der Genossenschaft gesteckt. Ein Genossenschaftsbauer aus dem Kreis Stralsund behauptete darum auf der außerordentlichen Gemeindevertreterversammlung, an der er teilnahm, der Beschluß über die Zahlung von Prämien sei „Bluff“. Er habe danach als erfolgreicher Schweinezüchter 600 DM zu bekommen, die man ihm aber nicht zahle. Es war klar, daß das Verhalten dieser LPG nicht nur ein Verstoß gegen eine staatliche Anordnung war, sondern auch völlig dem Leistungsprinzip widersprach und die Entwicklung der Schweinebestände dadurch direkt behindert wurde. Hier war aber auch die staatliche Leitung nicht in Ordnung. Wenn der Staat Mittel zu einem bestimmten Zweck zur Verfügung stellt, dann ist es die Pflicht der staatlichen Organe, die richtige Verwendung dieser Mittel auch zu kontrollieren. Aber das geschah hier weder durch den Rat der

Gemeinde noch durch den Rat des Kreises.

Viele Beschlüsse werden mit guten Vorsätzen gefaßt, aber sie können eine negative Wirkung hervorrufen, wenn ihre Durchführung nicht kontrolliert wird. Dann nützt auch die beste Agitation nichts. Als wir vom Rat des Bezirks den hier geschilderten Fehler aufdeckten und ihn dadurch auch beseitigten, faßte der Genossenschaftsbauer wieder Vertrauen. Er war bereit, über alle Fragen der Politik und Ökonomie zu diskutieren, und machte selbst eine Reihe von Vorschlägen zur weiteren Verbesserung der genossenschaftlichen Arbeit.

In einer Sitzung der Volksvertretung in der Stadt D a s s o w beschwerte sich ein Bürger über das herzlose Verhalten des Bürgermeisters. Dieser hatte ihn in einer Wohnungssache nicht angehört, sondern die Tür gewiesen. Der Bürgermeister wollte sofort und sehr selbstherrlich die



*Genosse Karl Mewis erläutert die Politik unserer Partei und Regierung auf der außerordentlichen öffentlichen Sitzung der Gemeindevertretung in Vitte auf der Insel Hiddensee*